



**LANDKREIS**  
**ERDING**

## **PROTOKOLL**

---

**öffentlich**

**Büro des Landrats**  
**BL**

Alois-Schießl-Platz 2  
85435 Erding

Ansprechpartner/in:  
Elfriede Mayer

Zi.Nr.: 209

Tel. 08122/58-1129  
Fax 08122/58-1109  
elfriede.mayer@ira-  
ed.de

Erding, 14.12.2009  
Az.:

### **7. Sitzung des Ausschusses für Bildung und Kultur am 30.11.2009**

#### **Anwesend und stimmberechtigt sind die Kreisräte:**

Biller, Josef

Eichinger, Gertrud

Fischer, Siegfried

Mittermaier, Georg

Oberhofer, Michael

bis 16.05 Uhr

Parthier, Nadja

Patschky, Jürgen

Peis, Hans

Schmidt, Markus

Slawny, Manfred

Wegmaier, Alexander

#### **sowie als Vorsitzender:**

Landrat Martin Bayerstorfer

#### **von der Verwaltung:**

Kohout Caroline

Ternes Robert (zu TOP 2)

Helfer Helmut

Hopfensberger Max

Mayer Elfriede (Protokoll)

Centner Christina



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

**Ferner nehmen teil:**

Schulrat Suhre zu TOP 1

Frau Schüller von der Fachhochschule für angewandtes Management  
(zu TOP1)

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 15:00 Uhr. Er stellt fest, dass form- und fristgerecht geladen wurde und Beschlussfähigkeit besteht. Ergänzungs- oder Änderungswünsche werden nicht vorgetragen. Somit gilt folgende

## Tagesordnung

### Öffentliche Sitzung

1. Schulentwicklungskonzept  
Erweiterung des Schulentwicklungskonzepts für die Hauptschulen  
Zwischenbericht  
Vorlage: 2009/0578
2. Denkmalschutz  
Gewährung von Zuschüssen gemäß Art. 22 Abs. 2 Denkmalschutzgesetz  
Vorlage: 2009/0576
3. Haushaltsberatung 2010;  
Bereich Schulen und Kultur  
Vorlage: 2009/0577
4. Bekanntgaben und Anfragen
- 4.1 Evaluation - Neues Gymnasium



## Öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung und Kultur am 30.11.2009

**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

**Der Vorsitzende** auf die Schreiben der Herzog-Tassilo-Realschule und des Ministerialbeauftragten bezüglich der Umleitung der Schülerströme der Herzog-Tassilo-Realschule, die in die Mappen verteilt worden sind.

### 1. **Schulentwicklungskonzept** **Erweiterung des Schulentwicklungskonzepts für die Hauptschulen** **Zwischenbericht** **Vorlage: 2009/0578**

**Der Vorsitzende** erklärt, Prof. Kainz sei heute krankheitsbedingt verhindert. Dafür sei Frau Schüller anwesend. Er bittet sie um Ausführung.

**Frau Schüller** erklärt die Vorgehensweise für die Datenerhebung. Zur demographischen Entwicklung erklärt sie, der Anteil der Frauen die Kinder bekommen können wird sinken. Somit werden auch die Geburtenzahlen weiter sinken.

Die demographische Entwicklung in den Gemeinden zeigt 2000 – 2008, in welchen Gemeinden die Geburten zurückgegangen sind. Dies habe auch damit zu tun, welche Gemeinden Baugebiete noch ausweisen und welche nicht. Eine genaue Prognose könne hier nicht getroffen werden.

2007 waren im Landkreis 1.178 Geburten zu verzeichnen, für 2015 werden 1.099 Geburten prognostiziert.

Der Landkreis Erding sei nach wie vor ein Zuwanderungsgebiet, es werde nach wie vor ein Bevölkerungswachstum prognostiziert, wobei die Altersgruppe, die zuziehen wird, älter sein wird.

Frau Schüller weist darauf hin, dass in das Gutachten bisher bekannte künftige Entwicklungen innerhalb der Gemeinde Fraunberg mit der Erschließung eines Baugebietes mit 36 Parzellen und in der Gemeinde Pastetten mit der Ausweisung eines neuen Baugebietes mit ca. 33.000 qm Fläche aufgenommen worden sind. Im Landkreisgebiet gibt es vier Hauptschulen mit M-Zweig. Eine Schule sei die Montessori Schule in Oberding. Die weiteren Standorte seien Erding, Taufkirchen und Dorfen. In Wartenberg, Finsing, Wörth, Forstern und Isen gibt es Hauptschulen ohne M-Zweig.

Sie erklärt weiter, in den vergangenen 5 Jahren sei der Schüleranteil um 10 % zurückgegangen. 2005 waren es 3.087 Hauptschüler, 2008 noch 2.617 und 2009 2.736 Schüler. Die 104 Schüler 2009 mehr seien bedingt durch die Auflösung einer Teilhauptschule.

Bei den Klassenzahlen sei die Variation nicht ganz so stark, 2005 waren es 139 Klassen, 2008 126 Klassen. Auch hier seien die Schwankungen



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

mit der Auflösung der Teilhauptschule zu erklären. Die durchschnittliche Schülerzahl in Hauptschulen liegt zwischen 20 und 25 Schülern.

Im Weiteren zeigt sie die Gebäudesituation an den Grund- und Hauptschulen. Dabei sei zu sehen, dass die Gebäude in den 60er/70er Jahren gebaut, teilweise Erweiterungen und Anbauten vorgenommen worden sind, überwiegend der energetische Sanierungsbedarf umgesetzt worden ist und teilweise ein Erweiterungsbedarf durch einen erhöhten Raumbedarf infolge von Ganztagsangeboten besteht.

Sie zeigt die abgeschlossenen Maßnahmen der letzten 10 Jahre, die laufenden Sanierungsmaßnahmen, geplante Sanierungsmaßnahmen, etc.

Als Nächstes zeigt sie eine Zusammenstellung der Raumsituation in den einzelnen Schulen und die Auslastung. Deutlich zu sehen sei, dass es keine überlastete Schule gibt.

Die Prognose zeigt deutliche Übertrittsquoten bei einem anhaltenden Trend zur Höherqualifizierung bis 2020. Hinter der Berechnung steckt ein eigens dafür entwickeltes kompliziertes Berechnungsmodell, weil es keine Übertrittsquoten gibt (Abgleich von Viertklässlern, eigene Berechnungen auf Basis der Geburtenzahlen und der Daten des statistischen Landesamtes für den Landkreis Erding). Es seien Informationen der Realschulen und Gymnasien zur Herkunftsschule der 5. Klassen (Statistische Landesamt), Informationen über die Aussagen der OECD-Studie, Aussagen einer vorliegenden Studie mit Prof. Dr. Tippelt, einer Analyse der bisherigen Trends im Landkreis und in Bayern, Informationen über Übertrittsquoten bei den 4. Klassen und der Trend bei den Verweilquoten berücksichtigt worden. Das Berechnungsmodell wird auch fortgeschrieben.

Die Übertrittsquote auf die Gymnasien liegt derzeit bei 37,1 %, 2005 lag sie bei 33,6 %. Es sei ein drastischer Anstieg zu sehen. Es sei davon auszugehen, dass bis 2020 eine Übertrittsquote von 45,9 % sein wird. Es kommen noch mehr Schüler dazu, die nach der 5. Klasse von der Hauptschule aufs Gymnasium gehen werden.

Bei den Realschulen wird die Übertrittsquote relativ konstant bleiben. Derzeit liegt die Übertrittsquote bei 28,9 %, für 2020 wird eine Übertrittsquote von 29,2 % prognostiziert.

Bei den Hauptschulen liegt die Schülerzahl derzeit bei 2.628, 2020 wird die Zahl auf 1.643 Schüler prognostiziert. Sollte es in Erding weitere M-Zweige geben, wird sich die Berechnung anders darstellen.

Die Klassenzahl bei den Hauptschulen wird von 2009 mit 129 Klassen (98 %) auf 80 Klassen im Jahr 2020 sinken. Das bedeutet, dass die Auslastung auf 61 % sinken wird. Der Rückgang an den Hauptschulen habe eine Zunahme der Schüler bei den Gymnasien und Realschulen zur Folge.

Als Beispiel zeigt sich bei der Grund- und Hauptschule Wörth, dass 2009 aktuell 108 Schüler seien, bei diesen Entwicklungen werden es 2020 noch 66 Schüler sein. Das bedeutet aber, dass ab 2013 die Situation eintreten kann, dass in einer Klasse 14 Schüler sein werden. Wenn die Klassenzahl



beibehalten wird, werden 2020 dann in der 6. Klasse jeweils nur noch 9 Schüler sein.

Sollte der Trend zur Höherqualifizierung etwas abnehmen, läge die Übertrittsquote 2020 bei 43,7 %. Der Rückgang wäre nicht ganz so dramatisch.

Beim Beispiel Grund- und Hauptschule Wörth werden bei gemäßigem Trend von derzeit 108 Schülern dann 72 sein. Bei anhaltendem Trend werden es 66 Schüler sein, etwa 10 % mehr. 2015 werden noch einmal sechs Klassen, ab 2015 jeweils nur fünf Klassen gebildet werden können.

Büro des Landrats  
BL

**Kreisrat Wegmaier** möchte wissen, wie es zu der Annahme kommt. Weiter möchte er wissen, ob die Schüler dann nach der 5. Klasse in die Realschule gehen.

Auch **der Vorsitzende** fragt, ob der Trend so erkennbar sei, dass nach der 5. Klasse ein Großteil der Schüler wechseln wird.

**Frau Schüller** sagt, ein erheblicher Teil der Schüler wird aufs Gymnasium wechseln. Ein Vergleich zeigt, dass bei drei Schulen (Oberding, Wartenberg und Wörth) die Schülerzahl unter 100 Schüler fallen werden. Das bedeutet, dass in einer Jahrgangsstufe nicht einmal mehr 20 Schüler sein werden.

**Der Vorsitzende** bedankt sich für die Aufbereitung des Konzepts. Er merkt an, generell werden es weniger Schüler werden. Er fragt, auf was sich die Realschulen und Gymnasien einstellen müssen.

**Frau Schüller** antwortet, auf Gymnasialebene seien es in den Übertrittsklassen derzeit 550 Schüler pro Jahr. Wenn davon ausgegangen wird, dass sich der Anteil um 10 % erhöht, muss mit 600 bis 620 Schüler gerechnet werden. Zu beachten sei aber, dass es aufgrund des demografischen Rückgangs insgesamt weniger Schüler werden. Es kommen noch zwei starke Geburtenjahrgänge 2004 und 2006. Danach werden weniger Schüler erwartet. Der drastische Rückgang wird noch auf die Schulen zukommen.

**Der Vorsitzende** stellt fest, bei den Realschulen sei der prozentuale Anteil ziemlich konstant. Auf einer geringeren Geburtenbasis werden es eher weniger Schüler sein.

**Frau Schüller** ergänzt, es werden 1200 bis 1300 Schüler sein.

**Schulrat Suhre** merkt an, die Übertrittsquote hängt mit der Fünfjahresstatistik zusammen. Die Zahl stimmt aufgrund der Auflösung der Teilhauptschule in Moosen nicht ganz. Im Vergleich zum Vorjahr seien es 115 Hauptschüler weniger.

**Der Vorsitzende** schlägt vor, die Präsentation den Ausschussmitgliedern und der Presse zur Verfügung zu stellen.



**Kreisrätin Eichinger** hat den Eindruck, dass bei der Anzahl der Klassenräume die Entwicklung der Ganztagesesschulen nicht berücksichtigt worden sei.

**Frau Schüller** antwortet, es sei die durchschnittliche Schülerzahl für die 5. Klassen zugrunde gelegt worden. Wenn die Schülerzahl in einer Klasse unter 15 Schüler sinkt, werden zwei Klassen zusammengelegt.

**Der Vorsitzende** weist darauf hin, es sei für die Bestandsaufnahme von der Fa. kplan jede Schule Raum für Raum bewertet worden. Dabei sei der Gebäudezustand, ein Sanierungsbedarf, ein energetischer Sanierungsbedarf festgestellt worden, um bewerten zu können, wie es mit einer anderen Schulsituation weiter gehen könnte.

Er bedankt sich bei den Schulleitern und auch bei den Bürgermeistern, die Einblicke für die notwendige Vorarbeit gewährt haben.

**Kreisrat Peis** merkt an, ihm sei im Zusammenhang mit der Grund- und Hauptschule Finsing aufgefallen, dass eine Aufstockung beschlossen und geplant sei. Er möchte wissen, ob der prognostizierte Zuzug in den Landkreis Erding im Konzept eingerechnet sei. Dem stimmt **Frau Schüller** zu.

**Der Vorsitzende** merkt an, es sei ein Anstieg der Bevölkerung im Landkreis Erding auf rd. 140.000 Einwohner (2025) eingerechnet worden. In die Prognose seien auch die Frauen im gebärfähigen Alter eingerechnet worden, weil sich der Zuzug in der Altersgruppe verschieben wird.

**Kreisrat Oberhofer** denkt, es sollte nicht von Zahlen (1.638) sondern von 1.638 jungen Menschen geredet werden. Es besteht dringender Handlungsbedarf, wenn es eine wohnortnahe Schule geben soll. Wenn sich mehrere zusammentun, kann daraus eine gute Lösung werden. Es gilt, Verbünde zu schaffen. Es stimmt, dass es zu Schülerströmen kommen wird. Es geht dabei um die Kinder, die bereits geboren sind. Bildungsverlierer dürfe es im Landkreis nicht geben.

**Der Vorsitzende** sieht darin auch eine große Chance, wenn sich alles so entwickeln würde. Ein Ansatzpunkt sei bei den Schülern zu sehen, die nach der 5. Klasse wechseln. Es sollten Perspektiven aufgezeigt werden, welche Möglichkeiten es auch an einer Hauptschule gibt. Es kann vielleicht mit dem Angebot Bayer. Mittelschule eine Attraktivitätssteigerung erwirkt werden, die auch zum mittleren Bildungsabschluss oder mit der FOS zur Hochschulreife führen kann. Der Landkreis möchte den Bürgermeistern eine Hilfestellung geben.

**Schulrat Suhre** denkt, dass die Gemeinden um Verbünde nicht herum kommen werden, um das Komplettangebot zu gewährleisten. An der Hauptschule gibt es sicherlich Schüler, die ein besonderes Angebot benötigen, das im Rahmen einer wohnortnahen Schule aufrecht erhalten bleiben muss. Er denkt, bei einer geschickten Organisation des Unterrichts sei es möglich, dass Schüler nicht an jedem Tag befördert werden müssen.

**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL



**Kreisrat Biller** interessiert, nachdem es seit 6 Jahren eine FOS im Landkreis Erding gibt, ob diese Einrichtung nicht signifikant erkennen lässt, dass mehr Schüler die Realschule besuchen wollen, um auf dem Weg zur Hochschulreife zu kommen.

**Frau Schüller** antwortet, das habe konkret nicht analysiert werden können. Aus anderen Landkreisen sei ein deutlicher Effekt der FOS aber erkennbar.

**Kreisrat Biller** berichtet von einer Dienstbesprechung der Schulleiter, dass es keine Schullaufbahnberatung mehr geben wird. Er denkt, es sei aber wichtig, dass nicht nur die Meinung besteht, der Weg zum Gymnasium wäre das einzig erstrebenswerte. Er kann es verstehen, wenn Eltern ihre Kinder an die Schule schicken, wo sie am meisten erreichen können. Die Zahl der Rückkehrer sei aber schon interessant.

**Kreisrat Slawny** merkt bezüglich der Beförderung von Schülern an, ob es bei einer Kooperation so sei, dass die eine Schule einen bestimmten Zweig anbietet und eine andere Schule einen anderen Zweig.

**Der Vorsitzende** sagt, die Schulen, die eine Dreigliedrigkeit schon haben, brauchen keinen Zweig abgeben. Es geht dabei um die Beförderung der Schüler an einem Tag.

**Schulrat Suhre** erklärt die Situation anhand des Beispiels Velden/Vils.

**Kreisrätin Eichinger** stellt fest, es gibt jetzt schon die Situation, dass ein Drittel der Schüler mit dem Bus fahren müssen. Das bedauerliche sei, dass die Beförderungskosten die Gemeinden bezahlen müssen.

**Der Vorsitzende** geht davon aus, dass der Anteil bereits bei über 50 % liegt. Er erklärt, wenn die Hauptschulen reduziert werden und es Mehrungen an den Realschulen und Gymnasien geben wird, zahlen es auch die Gemeinden über die Kreisumlage. Es ergibt sich ein anderer Finanzierungsweg. Es wird dann auch teurer werden, als wenn die Gemeinden die Beförderung an einen Tag sicherstellen müssen.

**Kreisrat Slawny** stellt fest, dass die Kooperation zwischen Taufkirchen und Velden/Vils bereits läuft.

**Schulrat Suhre** sagt, das sei nur ein Denkvorschlag.

**Kreisrätin Eichinger** fragt, was als nächstes geklärt werden muss.

**Der Vorsitzende** sagt, das Schulentwicklungskonzept sei den Bürgermeistern in einer Bürgermeister-Dienstbesprechung bereits vorgestellt worden. Es seien noch Details dazu gekommen. Schulrat Suhre sei auch anwesend gewesen. Dabei sei vereinbart worden, dass die Bürgermeister von Schulrat Suhre aufgesucht werden, um unterstützend verschiedene Szenarien und Verbundlösungen zu diskutieren. Das Schulentwicklungskonzept habe auch Auswirkungen auf die Realschulen und Gymnasien, deswegen wird es noch eine gewisse Zeit dauern, bis alle Zahlen vorliegen.



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

Nachdem sich keine Wortmeldungen ergeben bringt der Vorsitzende folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

ABiKu/0013-14

Der Ausschuss für Bildung und Kultur nimmt den Zwischenbericht des Schulentwicklungskonzeptes für die Hauptschulen im Landkreis zustimmend zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 12 : 0 Stimmen.**

Der Vorsitzende bedankt sich bei Frau Schüller für die Darstellung und bei Schulrat Suhre für die Begleitung bei diesem Projekt.

**Kreisrat Patschly** fragt, wann die Kreisräte die Unterlagen bekommen werden.

**Frau Kohout** sichert zu, das Schulentwicklungskonzept per Mail zu versenden.

**Kreisrat Fischer** wünscht, dass auch die Schulleiter das Konzept bekommen.

**Der Vorsitzende** sagt, die Bürgermeister und auch die Schulleiter seien bereits berücksichtigt.

## **2. Denkmalschutz**

**Gewährung von Zuschüssen gemäß Art. 22 Abs. 2 Denkmalschutzgesetz  
Vorlage: 2009/0576**

**Der Vorsitzende** verweist auf die versandte Vorlage.

**Kreisrat Schmidt** fragt, wer bestimmt, was zuwendungsfähig sei.

**Herr Ternes** antwortet, die Förderung beträgt 4 % der zuschussfähigen Kosten. In Zusammenarbeit mit dem Landesamt für Denkmalpflege werden die Kosten festgelegt.

**Der Vorsitzende** ergänzt, es wird nicht das Gebäude bezuschusst, sondern die Maßnahme, die für den Erhalt des Gebäudes aus denkmalschutzrechtlicher Sicht notwendig sei.

**Kreisrat Fischer** merkt an, im Haushalt seien 90.000 € eingeplant. Die Kosten der Maßnahmen betragen aber 213.796,50 €. Das sei ihm nicht ganz klar.

**Herr Ternes** erklärt, die Maßnahmen, die durchgeführt werden, ziehen sich über mehrere Jahre. Die Zuschüsse werden je nach Baufortschritt ausbezahlt.

**Der Vorsitzende** erklärt, es werden nicht mehr Mittel ausbezahlt, als im Haushalt eingestellt sind. Es werden die Maßnahmen entsprechend nach



dem Baufortschritt finanziert. Wenn die Mittel nicht reichen, werden erst die bereits bewilligten Maßnahmen erledigt. Neue Maßnahmen werden hinten angestellt.

**Kreisrätin Parthier** stellt fest, dass der Betrag gedeckelt sei.

**Der Vorsitzende** sagt, im Haushalt 2010 seien 90.000 € eingeplant. Sollte es überplanmäßige Ausgaben in dem Bereich geben, könnte eine weitere Entscheidung darüber getroffen werden, wenn es einen Deckungsvorschlag gibt.

**Kreisrat Patschky** stellt fest, dass in den letzten Jahren der eingeplante Ansatz nicht ausgezahlt worden sei.

**Der Vorsitzende** erinnert, es lagen weniger Anträge vor. Heuer seien relativ viele Anträge eingereicht worden.

Nach kurzer Diskussion bringt er folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

ABiKu/0014-14

Von den im Vorlagebericht aufgeführten im Laufe des Jahres 2009 gestellten Anträgen auf Bezuschussung der Renovierung von Kunstdenkmälern werden die unter den Nummern 1 bis 16 aufgeführten Maßnahmen wie beantragt, jedoch mit einem maximalen Satz von 4 % der zuschussfähigen Kosten, gefördert.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 11 : 0 Stimmen.**

### **3. Haushaltsberatung 2010; Bereich Schulen und Kultur Vorlage: 2009/0577**

**Der Vorsitzende** verweist auf die versandte Vorlage und die ausgeteilte Tischvorlage mit den Änderungen.

Speziell den Ausschuss für Bildung und Kultur betreffen Minderausgaben bei der Schülerbeförderung mit 339.080 € und beim ÖPNV mit 61.030 €. Im Vermögenshaushalt seien 2010 Kosten für die Sanierung der Realschule Taufkirchen mit 1.080.000 €, für die Erweiterung des Förderzentrums Dorfen mit 700.000 € und für die FOS/BOS mit 7.133.555 € eingeplant. Für die Kaufrate Gastro seien 359.447 €, für die Leasingrate Kreismusikschule 471.100 € und für die Schulausstattung 1.001.325 € veranschlagt worden. Die Gesamtausgaben für die Hochbaumaßnahmen belaufen sich 2010 auf insgesamt 10.285.102 €. Eine deutliche Steigerung gegenüber 2009 mit 3.097.858 €.

Es sei eine Rücklagenentnahme aus der allgemeinen Rücklage mit 2.962.000 € vorgesehen.

Unterschiede ergeben sich bei den Freiwilligen Leistungen an den Kreisverein. Der Kreisverein für Heimatschutz und Denkmalpflege habe

einen Zuschuss von 6.000 € beantragt. Im HH-Entwurf seien 4.200 € eingeplant.



Die Mädchenrealschule Erding Hl. Blut hat einen Zuschuss von 165.000 € beantragt. Es wird vorgeschlagen, den HH-Ansatz wie im Vorjahr mit 135.000 € zu lassen.

**LANDKREIS**  
**ERDING**

Bei den freiwilligen Leistungen zur Denkmalpflege sei der Ansatz, wie gerade beschlossen, mit 90.000 € eingeplant worden.

Büro des Landrats  
BL

Der Gartenbauverein Sankt Wolfgang hat für den Neubau eines Vereinsheims einen Zuschuss von 20.000 € beantragt. Das Vereinsheim soll auch für Veranstaltungen des Kreisvereins Gartenbau, für die Schulungen der Kreisfachberater und für die Pflege des Kreisobstlehrgartens zur Verfügung gestellt werden. Zudem sei eine Reduzierung der Kosten bei der Obstpresse geplant. Der Gartenbauverein wird als Gegenleistung das Obst günstiger (ermäßigt auf 50 %) pressen. Der Zuschuss sei so im Haushaltsentwurf eingeplant.

Der Vorsitzende fragt, ob eine Erläuterung der einzelnen Details des Haushaltsentwurfs gewünscht wird.

**Kreisrat Peis** denkt, es sei sinnvoll, nachdem der Entwurf jedem Kreisrat vorliegt, nur spezielle Fragen zu diskutieren.

**Kreisrätin Parthier** verweist auf Seite 11, Realschule Erding, Gr.Nr. 6722 „Erstattungen an Gemeinden; Gastschulbeiträge“ der versandten Vorlage. Sie fragt, warum sich gerade bei der Realschule Erding eine Erhöhung von 127.000 € auf 161.330 € ergibt. Bei den anderen Gruppierungsnummern seien die Gastschulbeiträge relativ konstant.

**Herr Helfer** antwortet, pro Schüler sei ein Gastschulbeitrag von 675 € zu zahlen. Es seien die Gastschulbeiträge für die Realschule Moosburg enthalten.

**Kreisrat Wegmaier** fragt zu Seite 35, Gr.Nr. 9356 „Schulausstattungen, Gymnasium Sigwolfstraße“, warum sich der Ansatz von 13.750 € auf 433.060 € erhöht hat. Weiter möchte er wissen, ob das auf Seite 24 aufgeführte Röntgengerät mit 9.424 € wünschenswert sei.

**Der Vorsitzende** weist darauf hin, es seien alle Schulen nochmals gebeten worden, zu prüfen, ob unabdingbar alle aufgeführten Dinge notwendig seien. Die Berufsschule Erding habe als einzige Schule eine sehr genaue, detaillierte Prioritätenliste vorgelegt.

**Herr Helfer** ergänzt, bei den Beratungen sei davon ausgegangen worden, dass Prioritäten zu setzen seien. Das Röntgengerät hat das Gymnasium von sich aus zurückgestellt.

**Kreisrat Wegmaier** weist darauf hin, dass alle übrigen Schulen die Prioritäten in den Anträgen durchgehend festgelegt haben. Er findet es schade, dass es bei der Realschule Erding nicht so gehandhabt worden ist. **Herr Helfer** merkt an, die Schulleitung sei darauf hingewiesen worden.



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

**Kreisrätin Eichinger** fragt zu den Gr.Nrn 5010 „Unterhalt eigener Gebäude“ bei den Schulen, warum sich teilweise so große Unterschiede ergeben.

Weiter möchte sie zu den Gr.Nrn 5433 „Vergütung an Reinigungsunternehmen“ wissen, warum sich die Unterschiede an den einzelnen Schulen ergeben.

Auch bei den Gr.Nrn 5441 „Strombezugskosten“ sei der Ansatz bei den einzelnen Schulen deutlich gestiegen.

**Herr Helfer** antwortet zum „Unterhalt eigener Gebäude“, der Bauausschuss habe die Beträge entsprechend festgestellt. Diese Zahlen werden entsprechend im Haushalt eingestellt. Was sich im Laufe des Jahres davon realisieren lässt oder an Maßnahmen verschoben werden muss, ergibt sich während des Haushaltsjahres. Zum Beispiel habe sich bei der Brandschutzsanierung beim Gymnasium Dorfen herausgestellt, dass mehr Geld notwendig sei. Diese Ansätze machen sich bemerkbar.

Bei den Reinigungskosten erklärt er, 2009 seien verschiedene Neuausschreibungen durchgeführt worden. Dabei sei es teilweise zu Einsparungen gekommen.

Die Stromkosten werden vom Sachgebiet 14 anhand der Kalkulation im Haushalt eingestellt.

**Kreisrat Fischer** verweist auf die Gr.Nrn „Unterhalt eigener Gebäude“, wo Kostensteigerungen enthalten seien. Er denkt, es sei schwierig, darüber zu beraten, weil er den Gesamthaushalt nicht kennt. Es sei immer die Rede davon, dass es ein schwieriges Jahr 2010 werden wird. Er fragt, ob es eine endgültige Festlegung sei, wenn der Ausschuss für Bildung und Kultur jetzt entsprechende Beschlüsse fasst. Er wünscht, dass Herr Helfer die Auswirkungen der Beschlüsse auf den Gesamthaushalt erläutert und auch mitteilt, ob im Gesamthaushalt noch Raum vorhanden sei.

**Der Vorsitzende** antwortet, es gibt die Möglichkeit noch im Kreisausschuss und im Kreistag Änderungen vorzubringen. Aufgrund der Aufforderung an die Schulleitungen, nochmals Einsparungen von 15 % vorzunehmen, haben gegenüber dem versandten Entwurf ca. 31.000 € im Verwaltungshaushalt und rd. 112.000 € im Vermögenshaushalt, insgesamt also rd. 143.000 € eingespart werden können. Er habe der Presse schon mitgeteilt, dass er versuchen wird, den Haushalt mit höchstens 50 %-Punkten Kreisumlage hinzubekommen. Das würde auch bedeuten, dass der Landkreis Schulden von rd. 1,2 Mio € aufnehmen muss. Es können deshalb noch weitere Einsparvorschläge gemacht werden. Im Gesamthaushalt sei jedoch nicht mehr viel Raum für weitere Ausgaben.

**Kreisrat Fischer** schlägt vor, den Beschlussvorschlag anders zu formulieren.

**Der Vorsitzende** betont, der Beschlussvorschlag sei ein Empfehlungsbeschluss an den Kreisausschuss und den Kreistag.



**Herr Helfer** merkt an, 2009 waren im Bauunterhalt rd. 1,9 Mio € eingestellt, weil noch Reste vom Vorjahr mit rd. 600.000 € vorhanden waren. Der Gesamtansatz sei deshalb 2009 geringer gewesen. 2010 seien die Reste so gut wie aufgebraucht. Die ursprünglichen Anforderungen im Bauunterhalt waren über 4 Mio €.

**Kreisrat Schmidt** interessiert, über welchen Betrag des Haushalts heute abzustimmen sei.

Büro des Landrats  
BL

**Der Vorsitzende** antwortet, der Betrag ergibt sich aus den Haushaltspositionen und Fachbereichen, die den Ausschuss für Bildung und Kultur betreffen. Im Haushalt 2010 werden Einnahmen von 3.826.745 € und Ausgaben 12.449.034 € eingeplant. Der Zuschussbedarf wird 8.622.289 € sein.

**Kreisrat Peis** stellt fest, jedes Jahr sei die Verwaltung von der Einschätzung und Bedarfsmeldung der Schulen abhängig. Es muss an die Verantwortlichen appelliert werden.

Er fragt zu Seite 72, warum sich bei Gr.Nr. 6391 „Kosten der Schülerbeförderung...“ eine Reduzierung ergibt.

**Herr Helfer** erklärt, 2010 findet eine Reduzierung statt, weil im Haushalt 2009 einmalig aufgrund der Änderung des Rechnungssystems Mehrkosten eingestellt worden sind.

**Der Vorsitzende** erklärt, 2009 waren die Kosten für das laufende Jahr und die Kosten für die Monate September, Oktober, November und Dezember 2008 zu zahlen. Es sei in dem Bereich die Berechnung auf ein Haushaltsjahr (nicht Schuljahr) umgestellt worden.

**Kreisrat Biller** denkt, es geht nicht um Wünsche, sondern um Notwendigkeiten. An der Berufsschule müssen die Abteilungsleiter ihre Notwendigkeiten anhand des Lehrplans begründen. Seine Lehrkräfte und Abteilungsleiter wissen, dass Einsparungen im Haushalt derzeit notwendig sind. Aus diesem Grund seien verantwortlich die Anforderungen gestellt worden. Er möchte nicht, dass ein falscher Eindruck entsteht.

**Kreisrat Patschky** merkt an, jedes Mal habe er bei den Haushaltsberatungen das Problem, dass er bei den Einzelhaushalten (JHA, Ausschuss für Bauen und Energie, Ausschuss für Bildung und Kultur) wegen der Maßnahmen und Notwendigkeiten zustimmen müsse. Bei der Endabstimmung zum Haushalt sei er dann jedes Mal überrascht und denkt, dem könne er nicht zustimmen, denn irgendwann können die Kommunen nicht mehr belastet werden.

**Der Vorsitzende** denkt, das Problem haben alle Kreisräte. Zum Schluss muss es eine Kompromisslösung für alle geben. Es sei dabei auch zu bedenken, dass die Einwohner im Landkreis Erding deutlich gestiegen seien. Obwohl in der Jugendhilfe das Personal aufgestockt wird, sei keine nennenswerte Personalmehrung im Amt erkennbar. Die Mehrkosten seien ausschließlich auf die tariflichen Steigerungen zurückzuführen. Sollte es

zu Engpässen kommen, müssen entsprechende Verfahrensverlängerungen in Kauf genommen werden.



Er hat auch zur Kenntnis genommen, dass von 26 Gemeinden 12 das Wort Schulden zwar kennen, aber nicht im eigenen Haushalt haben. Eine Gemeinde hat eine Pro-Kopfverschuldung von bis zu 3.000 €. Irgendwo müsse der Landkreis versuchen, alle Gemeinden zu berücksichtigen.

**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

**Kreisrat Biller** denkt, es liegt wahrscheinlich an seiner Doppelfunktion Schulleiter und Kreisrat. Er betont, der Landkreis als Sachaufwandsträger habe bisher die Schulen gut versorgt.

**Der Vorsitzende** berichtet, es gibt sicher Wünsche. Vom elektronischen Stundenplan bis hin zur elektronischen Tafel sei alles beantragt worden. Es stellt sich die Frage, ob den Wünschen näher getreten werden soll. Er empfiehlt, eine generelle Regelung für die Schulen im Landkreis durchzuführen und die Anschaffung nicht unterstützen.

**Kreisrätin Eichinger** denkt, wichtig sei, dass die Qualität der Schulen auf hohem Niveau bleibt. Wenn es im Haushalt wieder Luft gibt, sollte auch im technischen Bereich ein Mehr an Förderung möglich sein. Der Landkreis habe durch einen guten Schulstandort die Möglichkeit, eine gute Ausbildung zu bieten.

**Kreisrat Wegmaier** fragt zu Seite 76/77, Gr.Nr. 7180 „Zuschüsse ...Kulturfonds“, 40.000 €, für welche Maßnahmen die Mittel eingeplant sind.

**Der Vorsitzende** sagt, aus der Position werden die Kulturpreisverleihung, das Fest der Internationalen Begegnung, etc. finanziert.

**Kreisrat Wegmaier** möchte Näheres zu Seite 84 c „Kreisverein für Heimatschutz und Denkmalpflege“ wissen.

**Der Vorsitzende** antwortet, der Zuschuss des Landkreises beträgt 4.200 €. Auf Seite 84 c sei der momentane Kontenstand abzulesen. Der Kreisverein für Heimatschutz und Denkmalpflege habe einen Zuschuss von 8.000 € beantragt. 4.200 € seien als HH-Ansatz eingeplant worden. Dem Verein werden keine Vorgaben gemacht, für welche Maßnahmen das Geld verwendet wird. Das Buch „Erdinger Land“ sei wegen der Sonderzuweisung explizit erwähnt worden. Ein höherer Zuschuss sei jedoch aufgrund der Haushaltssituation nicht zu rechtfertigen.

Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht. Der Vorsitzende bringt folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

ABiKu/0015-14

Dem Kreisausschuss und Kreistag wird empfohlen, die Bereiche Schulen und Kultur des Haushaltes 2010 unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderungen (ohne die Ausstattung für elektronische Stundenplanübermittlung und ohne elektronischer Tafel) zu verabschieden.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 11 : 0 Stimmen.**

#### **4. Bekanntgaben und Anfragen**

##### **4.1 Evaluation - Neues Gymnasium**



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

**Kreisrätin Eichinger** berichtet, das neue Gymnasium habe derzeit das Evaluationsteam im Hause. Ein Teil der Evaluation betrifft auch den Sachaufwandsträger. Sie fragt, ob die Mitglieder des Ausschusses für Bildung und Kultur den Bericht einsehen können und darüber diskutiert werden kann. Sie denkt, das sei eine Möglichkeit qualitativ an der Entwicklung mitzuwirken.

**Der Vorsitzende** antwortet, der Bericht liegt noch nicht vor. Auch bei der Herzog-Tassilo-Realschule sei über den Evaluationsbericht diskutiert worden. Wenn der Bericht vorliegt, werden die Ausschusssmitglieder benachrichtigt, dass der Bericht eingesehen werden kann.

**Kreisrätin Eichinger** findet es bedauerlich, dass bei der Abschlusssitzung kein Mitarbeiter des Sachgebiets 14 anwesend war.

**Der Vorsitzende** sagt, Mitarbeiter des Sachgebiets 14 haben keine Entscheidungskompetenz. Bei der terminlichen Abstimmung habe es eine Informationspanne gegeben. Auch er sei überrascht gewesen. Bei einer anderen Besprechung sei der ehemalige Schulleiter Sterr stellvertretend anwesend gewesen.

Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht. Der Vorsitzende beendet die Sitzung des Ausschusses für Bildung und Kultur um 16.50 Uhr.

Vorsitzender

Protokoll

Martin Bayerstorfer  
Landrat

Elfriede Mayer  
Verwaltungsangestellte